



Newsletter der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe: 20. WP/23-9 vom 23. Juni 2023

Philipp Amthor MdB

Vorsitzender der Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030 227 77692
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de
www.cducusu.de

Beiträge von Simone Borchardt MdB



Simone Borchardt MdB ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und im Petitionsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Apotheken leiden unter Versorgungsengpässen und ausufernder Bürokratie

Apotheken sind Eckpfeiler der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum

Die wichtige Rolle der Vor-Ort-Apotheken für die flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln und apothekenpflichtigen Medizinprodukten und der damit einhergehende unverzichtbare Beitrag für die Versorgungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger erkennen wir als CDU/CSU-Fraktion ausdrücklich an.

Maßnahmen der Union in den vergangenen Jahren

Die unionsgeführten Bundesregierungen haben sich daher in den vergangenen Jahren etwa für die Einführung der neuen pharmazeutischen Dienstleistungen stark gemacht. Weitere Maßnahmen, die eine Stärkung der Vor-Ort-Apotheken bewirkt haben, wie die Erhöhung des Nacht- und Notdiensthonorars, die



Erhöhung der Aufschläge für die Abgabe von Betäubungsmitteln und von anderen besonders dokumentationsaufwändigen Arzneimitteln sowie die Anpassung bestimmter Rezepturzuschläge, haben wir durchsetzen können.

Die Unionsfraktion hat zudem im letzten Jahr das Gesetzgebungsvorhaben zum GKV-Finanzstabilisierungsgesetz der Ampel im parlamentarischen Verfahren abgelehnt. Zuvor hatten wir versucht, im Gesundheitsausschuss die Beibehaltung der bisherigen Abschlagshöhe durchzusetzen sowie den rückwirkenden Ausgleich von inflationsbedingten Mehrkosten für Apotheken einzufordern. Die Ampelfraktionen sind diesen Vorschlägen jedoch nicht gefolgt.

Pläne der Ampel gefährden den Fortbestand von zahlreichen Apotheken

Anlässlich des bundesweiten Protesttages der Apotheken am 14. Juni 2023 war es mir deshalb sehr wichtig, auf diese angespannte Lage aufmerksam zu machen. Besonders in der aktuellen Situation, in der Apotheken auf Grund von Lieferengpässen äußerst flexibel agieren müssen, werden sie in Bürokratie erstickt. Zur Verweigerung der Erstattung von inflationsbedingten Kostensteigerungen durch die Ampelkoalition kommt hinzu, dass Apotheken bei den Festzuschlägen pro verkaufter Verpackung und der Anpassung der Honorare von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt sind.

Diese Rahmenbedingungen für letztlich dazu, dass die Fachkräftesuche und die Suche nach Nachfolgern für die Übernahme von Apotheken immer schwieriger wird und teilweise sogar unmöglich ist. So mussten allein im Jahr 2022 rund 400 Apotheken schließen, was mit entsprechenden negativen Folgen für die Versorgung und Beratung für Patientinnen und Patienten verbunden ist.

Aber anstatt den Apotheken eine sichere Zukunftsperspektive zu geben, werden Apotheken nicht gehört und vom Bundesgesundheitsminister nicht einmal in die Suche nach konstruktiven Lösungen eingebunden.

Union fordert Beschaffungsgipfel für Medikamente

Vor dem Hintergrund der aktuellen Liefer- und Versorgungsengpässe bei wichtigen Arzneimitteln für die öffentlichen Apotheken ist dringender Handlungsbedarf geboten. Die Unionsfraktion hat bereits mehrfach einen Beschaffungsgipfel gefordert. Unter anderem in einem Antrag, den wir bereits im Januar 2023 in den Deutschen Bundestag eingebracht haben.

Auf einem solchen Gipfel sollen kurz- und mittelfristige Maßnahmen für alternative Beschaffungsmöglichkeiten von Medikamenten aus dem Ausland



diskutiert werden. Zudem fordern wir bessere Verteilungswege bei bestehenden regionalen Ungleichheiten. Gleichzeitig soll ein Frühwarnsystem für künftige Engpässe eingerichtet werden und wir wollen zugleich Apotheker und den pharmazeutischen Großhandel schnell ertüchtigen, sich vor Engpässen besser präventiv wappnen zu können, etwa durch eine kostendeckende Vergütung von entsprechenden Dienstleistungen und Verbesserungen in den Bevorratungsmöglichkeiten.

Medikamentenversorgung langfristig sicherstellen

Langfristige Ansatzpunkte für eine zukünftige stabile Versorgung sind aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion unter anderem eine gezielte Strukturpolitik, die darauf abzielt, die Lieferketten zu diversifizieren, damit die Unternehmen der Pharmazeutischen Industrie Wirkstoffe von verschiedenen Herstellern beziehen können, sowie der Erhalt von deutschen und europäischen Produktionsstandorten und die Förderung von deren Ausbau, um die Lieferketten zu verkürzen.

Die Bundesregierung hat diesen Vorschlag bisher nicht aufgegriffen und bisher nur einen halbherzig gemachten Gesetzentwurf vorgelegt, der zu spät kommt und nur einen Teil der Probleme lösen wird. Minister Lauterbach muss aber bereits jetzt Vorbereitungen treffen, damit sich das Medikamentenchaos des letzten Winters nicht wiederholt.

Die Herausforderungen für die Aufrechterhaltung der wohnortnahen Rund-um-die-Uhr Versorgung mit Arzneimitteln und apothekenpflichtigen Medizinprodukten durch öffentliche Apotheken dar werden in den kommenden Jahren nicht kleiner werden. Hier wäre die Bundesregierung gefordert, entschieden gegenzusteuern. Leider erleben wir im Moment das Gegenteil.

Als Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern sowie als CDU/CSU-Fraktion werden wir uns weiterhin für die Stärkung der Apotheken vor Ort, die für eine existenzgesicherte Zukunft auf einem soliden finanziellen Fundament stehen müssen, einsetzen.

* * *



Rede zur 2./3. Lesung des Verbots von Aroma-Tabak für Tabakerhitzer

Der Kinder- und Jugendschutz steht an oberster Stelle

Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat für mich oberste Priorität. Deshalb begrüße ich ausdrücklich das Verbot von Aroma-Tabak für Tabakerhitzer. Aromen sprechen gerade eine jüngere Zielgruppe an und führen häufig zum Einstieg zum Konsum von Tabak. In meiner Rede spreche ich mich für die konsequente Weiterführung des Verbots von Aromen aus, wie sie bereits von Zigaretten und Drehtabak gilt.

Agieren statt reagieren

Leider mussten wir jedoch feststellen, dass die Ampel-Koalition wie so oft nur reagiert, anstatt die Initiative zu ergreifen. So ist die Änderung nur eine Umsetzung von EU-Recht. Für mich eine verpasste Chance, den aktuellen Umgang mit Nikotinprodukten auf den Prüfstand zu stellen. Besonders Einweg-E-Zigaretten (Disposables) mit besonders süßen Geschmäckern, welche mit vollfunktionsfähigen Akkus verkauft werden und bereits nach 600 Zügen weggeschmissen werden, stellen ein großes Problem dar. Geringe Kosten, gepaart mit einer einfachen Verfügbarkeit und vielen Geschmacksrichtungen senden ein verheerendes Signal an die Jugend, vom Umweltschutz ganz zu schweigen. Deshalb ist für mich eines klar: Der Prävention muss in Deutschland wieder mehr Priorität eingeräumt werden. Die Aufklärung muss am Zahn der Zeit ansetzen und nicht von der Ampel kaputt gespart werden.

Mehr dazu in meiner Rede, die Sie unter folgendem Link finden:
<https://dbtg.tv/cvid/7555708>.

* * *